

Friederike Wieking – Fürsorgerin, Polizeiführerin und KZ-Leiterin. Von Sören Groß. Heimatverein Grafenschaft Bentheim e. V. Bad Bentheim 2020, EUR 29,80 *DZI-E-2439*

Der Autor studierte Geschichte an der Universität in Jena. Im Rahmen seiner Staatsexamensarbeit über die weibliche Kriminalpolizei 1927 bis 1945 ist er zusammen mit Kolleg*innen der Geschichtswerkstatt Curriculum Vitae e.V. auf bisher noch nicht ausgewertete Dokumente gestoßen, die ihn veranlassten, in zahlreichen Archiven Quellenmaterial über Wieking und die weibliche Kriminalpolizei zusammenzutragen. Ausgehend von bisher nicht beachteten Archivalien, wie der Ernennungsurkunde von Friederike Wieking (1891–1958) zur Regierungs- und Kriminaldirektorin durch Heinrich Himmler 1943, und anschließender fast fünfjähriger Recherchearbeit, zeichnet diese Biografie das Leben und die berufliche Karriere einer Frau von der Kaiserzeit bis zur Zeit der Nationalsozialisten nach, deren Lebens- und Wirkungsgeschichte beleuchtet, analysiert und kritisch hinterfragt wird.

Im ersten Kapitel schildert der Autor die Kindheit und Jugendzeit von Friederike Wieking. Hineingeboren in eine traditionelle protestantische Lehrerfamilie, wuchs sie zusammen mit sieben weiteren Geschwistern in Gildehaus in der Grafenschaft Bentheim auf. Nach der evangelischen Volksschule absolvierte sie die Rektoratschule in Bentheim. Anschließend ging Wieking nach Düsseldorf, wo sie im Auguste-Viktoria-Haus zur Säuglingsfürsorgerin ausgebildet wurde. Ihr weiterer beruflicher Lebensweg führte sie 1911 nach Hannover, dort wurde sie am Christlich Sozialen Frauenseminar des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes zur staatlich anerkannten Wohlfahrtspflegerin ausgebildet. Von 1912 bis 1915 war sie in der staatlichen Erziehungs- und Besserungsanstalt Hamburg-Ohlsdorf als Erzieherin für schwererziehbare Mädchen tätig. Während des Ersten Weltkrieges wechselte Wieking in die Hauptstadt Berlin, um dort als Gefährdetenfürsorgerin zu arbeiten. Wieking befand sich nun im Zentrum der bürgerlichen Frauenbewegung, mit deren Werten sie sympathisierte. Dank der Zurverfügungstellung privater Dokumente und Fotografien und unter Einbindung in die regionale und überregionale Geschichte wird ein umfassendes Bild der ersten Lebensjahrzehnte gegeben.

Das zweite Kapitel umfasst zeitlich die „Weimarer Republik“. Hier werden nicht nur ihr weiterer beruflicher Werdegang bis hin zur ersten Polizeirätin Deutschlands, sondern auch ihr ehrenamtliches Engagement u.a. als Vorsitzende im Verband der Deutschen Sozialbeamtinnen wie auch ihr Wirken beim Aufbau der weiblichen Kriminalpolizei beschrieben. Von 1918 bis 1921 arbeitete sie als Polizeifürsorgerin in Stettin, insbesondere widmete sie sich der Problematik der Prostitution. Am 1. Januar 1922 wurde Wieking von der Stadt Berlin berufen, als

leitende Fürsorgerin das amtliche Pflegeamt im Polizeipräsidium aufzubauen. Hier wird die soziale Lage der Großstadt Berlin sowie der lange Kampf von Wieking gegen die männlichen Kollegen und sonstiger Widerstände zur Etablierung und zum Aufbau der weiblichen Kriminalpolizei geschildert. Äußerst aufschlussreich hat der Autor die „internationale Einbindung der Frau im Polizeiwesen“ und die Vernetzung der Frauen der Frauenbewegung, den Vertreterinnen der Berufsverbände und den politischen Parteien dargelegt, die die Gesetzeslage der 1920er Jahre, die historisch-sozialen Hintergründe sowie die ethische Haltung der damaligen Zeit verdeutlicht. Ein wesentliches Ziel von Wieking war es, die Frau als Polizeibeamtin im Polizeiwesen zu integrieren. Nach außen hin war ihr Fokus auf die Bekämpfung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten gerichtet, weshalb sie sich auch im Aus- und Aufbau der Gefährdetenfürsorge engagierte. Dies mündete schließlich in der Ernennung von Wieking zur ersten Polizeirätin in Deutschland.

Unter dem Titel „Zeitenwende – Himmlers Kriminalistin“ wird im dritten Kapitel der Biografie Wieking's weiterer beruflicher Werdegang unter den Nationalsozialisten und ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus erläutert. Disziplin, Gehorsam, Pflichtbewusstsein und insbesondere Anpassungsfähigkeit gegenüber den neuen Machthabern zahlten sich schließlich aus. Alles Tun und Handeln war nunmehr „in erster Linie auf das Volksganze ausgerichtet“ (S. 262). Die verstärkte Bekämpfung der Jugendkriminalität sowie Prostitution und die Ausrichtung auf die „Pflege einer gesunden deutschen Volksgemeinschaft“ führten nach und nach zur Umstrukturierung der weiblichen Kriminalpolizei unter Leitung von Wieking. Die erstmalige Veröffentlichung und Auswertung einer Vielzahl von Quellen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 ist das große Verdienst dieser Biografie. Ausführlich werden die Haltung und die Verstrickungen von Wieking in das herrschende System gezeigt, in dem Himmler sie zur Regierungs- und Kriminaldirektorin ernannte. Dies beinhaltete auch die Leitung von Jugendkonzentrationslagern insbesondere des Jugend-KZ's Uckermark in Ravensbrück, die beschönigend als „Jugendschutzlager“ deklariert wurden. Diese wurden als „polizeiliche Erziehungslager“ zur Internierung krimineller und sittlich verwahrloster Jugendlicher errichtet. Ausführlich wird die Tätigkeit von Wieking, insbesondere ihre Beteiligung und Verantwortung an der Shoah geschildert.

Im vierten Kapitel werden auf 15 Seiten die 13 letzten Lebensjahre von Wieking vorgestellt, die u.a. aus fünf Jahren Haft in sowjetischer Gefangenschaft bestanden. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1958 legte Wieking jegliche Verantwortung an den Gräueltaten der Nationalsozialisten ab. Auch ihre Veröffentlichung „Die Entwicklung der weiblichen Kriminalpolizei in Deutschland von den

Anfängen bis zur Gegenwart“ trug dazu bei, dass das Bild der weiblichen Kriminalpolizei über Jahrzehnte nur positiv bewertet wurde.

Sören Groß trägt mit der Biografie über Friederike Wieking dazu bei, dass ihre falsch verstandene „Pflichterfüllung“ sie „als Täterin, und nicht als Helferin des Staates“ charakterisiert. Wünschenswert ist, dass diese Biografie viele Leser*innen findet. Gleichzeitig ist zu hoffen, dass die Forschung in diesem Bereich weitergeht.

Dr. Claudia Wiotte-Franz, Historisches Archiv der Profession Soziale Arbeit der VPSA e.V., Saarlouis

Behindertenarbeit vom Menschen aus. Unterstützungssysteme und Assistenzleistungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten und komplexer Behinderung. Von Georg Theunissen. Lambertus-Verlag. Freiburg im Breisgau 2021, 303 S., EUR 28,– *DZI-E-2418* In Artikel 3 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist die gesellschaftliche Inklusion als Leitprinzip verankert. Mit Blick auf die Umsetzung von Inklusion beleuchtet diese aktualisierte und überarbeitete Ausgabe Ansätze und Möglichkeiten der Arbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten und komplexer Behinderung. Komplex meint hierbei eine Behinderung die mit Funktionsbeeinträchtigungen, Erlebens- oder Ausdrucksmöglichkeiten in kognitiver, motorischer, sensorischer, emotionaler und sozialer Hinsicht einhergeht. Die Darstellung beginnt mit einem historischen Rückblick auf die Institutionalisierung der genannten Personengruppen von der Spätantike über das Mittelalter, den Absolutismus bis zum Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit. Im Weiteren geht es um Reformen der Deinstitutionalisierung im Sinne von Empowerment und um lebenswelt- und sozialraumorientierte Perspektiven, deren Verwirklichung am Beispiel der Behindertenhilfe im Großraum Los Angeles in Kalifornien veranschaulicht und reflektiert werden. Auf dieser Grundlage skizziert der Autor mit Bezug auf eine im Zeitraum von 2016 bis 2019 in Baden-Württemberg realisierten Studie Wege, die eine institutionelle Ghettoisierung von Menschen mit Lernschwierigkeiten und schweren Verhaltensauffälligkeiten verhindern können. Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung der Betroffenen beschäftigt sich das letzte Kapitel mit der personenzentrierten und lebensweltbezogenen Behindertenarbeit mit älteren Menschen mit schweren neurokognitiven Störungen. Auf diese Weise vermittelt das durch einige Fallbeispiele ergänzte Buch wertvolle Impulse für die Gestaltung einer am Menschen orientierten professionellen Praxis.

Gesundheitliche Versorgungsplanung in Altenpflegeheimen. Beraten – begleiten – planen. Von Ilona Grammer und Petra Schweller. Lambertus-Verlag. Freiburg im Breisgau 2021, 139 S., EUR 23,–

DZI-E-2419

Die von ausgebildeten Gesprächsbegleiter*innen realisierte „gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase“ soll Bewohner*innen von Einrichtungen der stationären Altenhilfe und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung dabei unterstützen, ihre Wünsche und Präferenzen in Bezug auf medizinische Interventionen für den Fall einer möglichen zukünftigen Entscheidungsunfähigkeit zu entwickeln und schriftlich festzuhalten. Um Leitungs- und Fachkräfte in entsprechenden Institutionen bei der Umsetzung dieses Ansatzes zu unterstützen, bietet das auf die stationäre Altenhilfe fokussierte Handbuch Hinweise, was in diesem Kontext zu beachten ist. Ausgehend von Erläuterungen zur Entwicklung des in den letzten 30 Jahren in den USA, Australien und Kanada entstandenen Gesprächskonzeptes wird zunächst dessen am 1. Dezember 2015 vorgenommene Verankerung im Hospiz- und Palliativgesetz gemäß § 132g des Sozialgesetzbuches V beleuchtet. Es folgen ein Überblick über ausgewählte Forschungsergebnisse zu Palliativ Care in Altenpflegeheimen sowie differenzierte Anleitungen zur Gestaltung von Beratungsgesprächen. Darüber hinaus werden entlang einiger im Jahr 2005 von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz e.V. veröffentlichter Indikatoren Fragen hinsichtlich einer qualitätsgeleiteten Implementierung der gesundheitlichen Versorgungsplanung in den Blick genommen. Abschließend geht es um die aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten Potenziale und Grenzen des vorgestellten Handlungskonzeptes. Ein Literaturverzeichnis und ein Anhang mit Beispieltextrn und -formularen, Praxishilfen, Angaben zu rechtlichen Vorgaben und Links zu wichtigen Dokumenten runden die Darstellung ab.

Inklusion am Lebensende. Menschen mit geistiger Behinderung begleiten. Hrsg. Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg und Caritasverband Freiburg-Stadt e.V., Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau, 166 S., EUR 22,– DZI-E-2420

Zum Thema der hospizlich-palliativen Begleitung von Menschen mit einer „geistigen Behinderung“ fand am 28. März 2019 ein Fachtag in Freiburg statt, der von der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg gemeinsam mit dem Caritasverband Freiburg Stadt e.V. organisiert wurde. Dieses Buch bietet einen Überblick über die in diesem Rahmen gewonnenen Erkenntnisse zur Entwicklung einer Hospiz- und Palliativkultur in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Beschrieben werden zunächst der historische Hintergrund und die in den 1960er-Jahren in London beginnende Geschichte der Hospizarbeit, um dann ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Forschungsprojekt zur Palliativ Care für Menschen mit geistiger und schwerer Behinderung vorzustellen. Daran anschließend folgt eine Darstellung eines in Leichter Sprache gehaltenen Vordrucks für eine Patientenverfügung und ein Bericht zur Sterbebegleitung in den Wohnheimen der Lebenshilfe Bochum. Die im Weiteren präsentierten Ergebnisse der

Arbeitsgruppen des Fachtags beziehen sich auf die teilhabeorientierte Kooperation zwischen Eingliederungshilfe und Hospizarbeit, auf die Rekonstruktion des vermuteten Patient*innenwillens durch Patientenverfügungen und auf ethische Fallbesprechungen. Auch wird die Trauerbegleitung von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung thematisiert sowie ein inklusives Implementierungsprojekt des Caritasverbandes Freiburg-Stadt e.V. vorgestellt. Vervollständigt wird der Tagungsband durch vier aktuelle Erfahrungsberichte und einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen der Palliativarbeit. Damit eröffnen die jeweils durch Zusammenfassungen in einfacher Sprache ergänzten Beiträge fundierte Anhaltspunkte für die Praxis und für die fachliche und politische Kommunikation.

Pflegeberufegesetz und Ausbildungs- und Prüfungsverordnung. Kommentar für die Praxis. Von Gerd Dielmann. Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 2021, 542 S., EUR 59,95 *DZI-E-2422*

Mit Inkrafttreten des Pflegeberufegesetzes vom 17. Juli 2017 wurden zum 1. Januar 2020 die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflegeausbildungen unter der generalistischen Berufsbezeichnung „Pflegefachfrau/-mann“ zusammengeführt. Dieses Buch vermittelt einen Einblick in die Inhalte und die Bedeutung der relevanten Neuregelungen, wobei unter Berücksichtigung der Gesetzesänderungen aus dem ersten Halbjahr 2020 die juristischen Bestimmungen des Pflegeberufegesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beleuchtet werden. Ausgehend von einem historischen Abriss der berufsbildungspolitischen Debatte und des Gesetzgebungsverfahrens werden zunächst die wichtigsten Vorgaben in einer kurzen Zusammenschau vorgestellt. Die im Weiteren folgenden Erläuterungen zum Pflegeberufegesetz beziehen sich auf die Pflegeausbildung und deren Finanzierung, auf die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, auf die besonderen Vorschriften über die relevanten Berufsabschlüsse und auf die geltenden Anwendungs- und Übergangsvorschriften. Mit Blick auf die Ausbil-

dungs- und Prüfungsverordnung folgen Ausführungen zur Leistungsbewertung, zu den Bestimmungen für die staatliche Prüfung, zu den Gegenständen des schriftlichen, mündlichen und praktischen Teils dieser Prüfung und zu der neu eingeführten hochschulischen Pflegeausbildung. Darüber hinaus werden unter anderem die Vorschriften zum Führen der genannten Berufsbezeichnung, die Verordnungen in Bezug auf die Fachkommission sowie die Übergangs- und Schlussvorschriften beleuchtet. Mit diesen Einblicken eröffnet das Buch Lehrenden, Studierenden, Auszubildenden und Verwaltungsfachkräften unter Beachtung der aktuellen Rechtsprechung detaillierte Erklärungen zu den thematisierten rechtlichen Normen und gibt einen guten Überblick über relevante Veränderungen in diesem Bereich.

Familie unter Verdacht. Mechanismen und Folgen medialer Skandalisierungen von Kinderschutzfällen. Von Sabrina Dahlheimer. transcript Verlag, Bielefeld 2021, 487 S., EUR 48,- *DZI-E-2423*

Das öffentliche und mediale Interesse an der familialen Erziehung ist in den letzten Jahren unter anderem durch die PISA-Studien, die hohe Anzahl von Kinderschutzfällen und durch Diskussionen um kindliche Devianz gestiegen. Weitestgehend ausgeblieben sei aber eine entsprechend breit angelegte interdisziplinäre Forschung zum Thema der familialen Betreuungs- und Sorgearbeit. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich diese Dissertation mit den Fragen, was den problematischen Charakter familialer „Erziehungs(in)kompetenz“ ausmacht, warum bestimmte Handlungen und Verhaltensweisen von Familien zum Problem werden und in welchen gesellschaftlichen Erwartungen sich die familiäre Erziehung als soziales Problem repräsentiert. Zunächst beleuchtet die Autorin den Kompetenzbegriff, den sie als Fähigkeit und Verantwortlichkeit in einem offenen Verständnis konzeptualisiert. Ansetzend an die sich hieraus ergebenden Fragestellungen werden dann der Umriss, die Anlage und die Durchführung der diskursanalytischen Studie beleuchtet, mit der sie in kritischer Weise

70 Jahre Fachzeitschrift Soziale Arbeit

Zum Jubiläum gibt's 70 Texte zu 10 Themen im #openaccess:

Februar ► Soziale Arbeit und Prostitution März ► Soziale Arbeit und Religion April ► Soziale Arbeit und Gesprächsführung Mai ► Soziale Arbeit als Wissenschaft Juni ► Soziale Arbeit und Kindeswohl Juli ► Soziale Arbeit und Suizidalität September ► Soziale Arbeit in der DDR Oktober ► Soziale Arbeit und Sport November ► Berufsverband Soziale Arbeit Dezember ► Betriebliche Sozialarbeit

www.dzi.de/soziale-literatur/soziale-arbeit/open-access/



Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen/DZI

die Berichterstattung über das Thema der Kindesmiss-handlung und -vernachlässigung in sieben meinungs-führenden Printmedien untersucht, darunter der Spiegel, die WELT, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die ZEIT und die taz. Besondere Berücksichtigung findet die mediale Inszenierung des Falls „Kevin“, bei dem im Jahr 2006 ein zweijähriger Junge in Bremen an den Folgen von Misshandlungen durch seinen drogenabhängigen Ziehvater verstarb. Eine Konturierung anhand dreier zentraler Narrationslinien dieses Falls und der damit verbundenen Wahrnehmungen der familialen „Erzie-hungs-(in)kompetenzen“ bildet den Ausgangspunkt für eine Rekonstruktion von (Macht-)Mechanismen, Sprecher*innenpositionen und Praktiken des (Zu-)Ord-nens im Zusammenhang mit Fällen wie dem von „Kevin“. Bezug genommen wird hierbei auf das zentrale „Leit-ziel“ des Kindeswohls, auf Prozesse der Klassifikation und Ausgrenzung von Familien, auf den politischen Dis-kurs und auf die Relevanz von Erkenntnissen der Vertrau-ensforschung für die Soziale Arbeit. Die Arbeit schließt mit einer Synthese der zentralen Ergebnisse und darauf basierenden Schlussfolgerungen für politische, sozial-wissenschaftliche und mediale Felder sowie die soziale Praxis und gibt unter anderem interessante und wichtige Reflexionsanstöße zu Medien und Deutungshoheit.

Wohnungslose Menschen. Ausgrenzung und Stig-matisierung. Von Jürgen Malaysek und Klaus Störch. Lambertus-Verlag. Freiburg im Breisgau 2021, EUR 26,– *DZI-E-2424*

Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. lebten im Laufe des Jahres 2018 insgesamt zirka 678 000 Menschen in Deutsch-land in Wohnungslosigkeit. Um die in diesem Kontext beobachtbaren sozialen Missstände in den Blick zu nehmen, beschäftigt sich diese aktualisierte Auflage des erstmals im Jahr 2009 erschienenen Arbeitsbuches mit der nach wie vor prekären und von Exklusion geprägten Lebenssituation dieser Personengruppe. Ausgehend von ihren langjährigen beruflichen Erfahrungen in der Woh-nungslosenhilfe beschäftigen sich die Autoren mit den Lebensbedingungen auf der Straße und in den Hilfeins-titutionen sowie mit den Ausgrenzungs- und Stigma-tisierungsprozessen gegenüber der mit entsprechenden Problemlagen konfrontierten Bevölkerungsgruppe. Der Komplexität der Thematik wird auf der Grundlage von Biografien und Erfahrungen wohnungsloser Personen, Erkenntnissen von Expert*innen aus Praxis, Wissenschaft und Kultur sowie medialen Wirklichkeitsabbildungen Rechnung getragen, wobei Textformen wie das Interview, die Reportage, das Porträt und der Essay zum Zuge kom-men. Im Einzelnen geht es zunächst um die gesamtge-sellschaftlichen Rahmenbedingungen der neoliberalen Marktwirtschaft, um die städtische Vertreibungspolitik, um die Gewalt gegen Wohnungslose und um das Phäno-men des Bettelns. Weitere Kapitel gelten der „Schuld-frage“, dem Selbstbild wohnungsloser Menschen und

der Auseinandersetzung mit Wohnungslosigkeit in der klassischen und neueren Literatur sowie in Film, Musik und Kultur. Nach einem Überblick über einige progressive Projekte folgt schließlich eine Betrachtung der Heraus-forderungen für die Soziale Arbeit mit Anmerkungen zur Lage der Roma und zur Europäisierung der Wohnungs-losenhilfe. Das Buch schließt mit „zehn Geboten gegen Wohnungslosigkeit“ und einigen Anmerkungen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wohnungslo-sigkeit und das Hilfesystem. Ein Glossar und ein kleines Lexikon der „Berbersprache“ mit Begriffen aus dem Jargon der wohnsitzlosen Menschen erleichtern die Lektüre und womöglich auch den Austausch mit den Klient*innen der Wohnungslosenhilfe.

Social Justice und Radical Diversity. Veränderungs- und Handlungsstrategien. Von Gudrun Perko. Verlag Beltz Juventa. Weinheim 2020, 103 S., EUR 16,95 *DZI-E-2427*

Seit der Gründung des Instituts „Social Justice & Radical Diversity“ im Jahr 2005 wird an der Fachhochschule Potsdam im Rahmen von Weiterbildungen, Workshops, Seminaren und Vorträgen das Trainingsprogramm „Social Justice und Diversity“ angeboten, um mit Blick auf die Menschenrechte ein Verständnis der Intersektionalität unterschiedlicher Diskriminierungsformen zu vermitteln. Dieses Buch befasst sich in sechs gesellschaftskritischen Essays mit den Strategien dieses Programms, wobei mit dem englischen Begriff „Social Justice“ auf ein spezifi-sches Gerechtigkeitsdenken referiert wird, das gleichzei-tig Aspekte der Verteilungs-, Anerkennungs-, Befähigungs- und Wirklichkeitsgerechtigkeit berücksichtigt. Mit „Radical Diversity“ ist zum einen eine visionäre Realität gemeint, in der das Ideal der Social Justice ver-wirklicht wäre und zum anderen eine kritische Praxis mit dem Ziel einer inklusiven, partizipativen und plura-len Gesellschaft. Die Autorin erläutert zunächst das Solidaritätskonzept des „Verbündet-Seins“, bei dem die Anliegen der Anderen zu eigenen Anliegen werden, und das darauf basierende Konzept der „Positionierung in der Nicht-Positionierung“, das darin besteht, sich bei-spielsweise bei Bewerbungen bewusst in einer in der jeweiligen Institution unerwünschten Identität zu ver-ortern. Weitere Reflexionen gelten der Bedeutung einer „affirmativen“, also nicht-diskriminierenden Sprache, der „Desintegration“ als Verweigerung der Annahme marginalisierender Fremdzuschreibungen und der „Plu-ralisierung“, einer theoretischen Perspektive und Strate-gie, mit der durch eine Hinterfragung von Stereotypen über Menschen und Gruppen einem polarisierenden Denken entgegengewirkt werden kann. Darüber hinaus wird die Handlungsoption der „Bündnisse“ mit jenen Menschen vorgestellt, die von Struktureller Diskriminie-rung betroffen sind oder gegen diese angehen. Nach einer Gegenüberstellung der mit der Kategorie der Be-stimmtheit operierenden Identitätslogik und einer ein pluralistisches Denken ermöglichenden „Magma-logik“

im Sinne des Philosophen Cornelius Castoriadis schließt die Darstellung mit einem resümierenden „Manifest zur konkreten Utopie *Radical Diversity*“.

Praxishandbuch Resilienz in der Jugendarbeit.

Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Von Judith Rahner. Verlag Beltz Juventa. Weinheim 2021, 226 S., EUR 19,95
DZI-E-2426

Der in den 1950er-Jahren von dem US-amerikanischen Psychologen Jack Block geprägte Begriff der Resilienz bezeichnet im Sinne einer „seelischen Widerstandskraft“ die mentale Fähigkeit, mit belastenden Lebensereignissen und Krisen durch Rückgriff auf persönliche und soziale Ressourcen so umzugehen, dass hieraus keine psychischen Krankheiten oder Störungen entstehen. Vor dem Hintergrund der zunehmend beobachtbaren Erstarkung vielfaltsfeindlicher und nationalistischer Dynamiken in der Bundesrepublik adaptiert die Autorin dieses Buches den Resilienzbegriff für die Jugendarbeit und bezieht diesen auf die Bewältigung menschenfeindlicher und antidemokratischer Tendenzen, die als Risikofaktoren und „Stressoren“ gedeutet werden. Dabei gilt das Interesse sowohl der individuellen Stärkung Jugendlicher gegen Radikalisierungen als auch der Mobilisierung der Jugendarbeit gegen extreme Ideologien. Im Anschluss an gesellschaftspolitische Betrachtungen zum Rechtsextremismus und zu den hieraus entstehenden Herausforderungen für die Jugendarbeit wird zunächst die Jugendarbeit als Organisation beschrieben, um dann den Resilienzbegriff und einige Erkenntnisse und Ansätze der Resilienzforschung zu beleuchten. Nach einem Transfer des Resilienzkonzepts auf den organisationalen Kontext der Jugendarbeit werden sieben konkrete und reale Fallbeispiele präsentiert und analysiert. Diese verweisen auf situationsspezifische Strategien der professionellen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen des Rechtsradikalismus wie vor allem dem israelbezogenen Antisemitismus in den Social Media, dem türkischen Rechtsextremismus, dem Neonazismus und dem Antifeminismus. Auch das Phänomen der Verschwörungsmythen wird in diesem Kontext an ausgewählten Beispielen wie unter anderem an einigen aktuell kursierenden Narrativen zur Coronapandemie exemplifiziert. Anknüpfend an eine Konturierung der wesentlichen Dimensionen einer resilienten Jugendarbeit gegen Ungleichwertigkeit schließt die Darstellung mit Empfehlungen zu deren Implementierung in die Praxis.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich)
Tel.: 030/83 90 01-11, Stephanie Pigorsch
Tel.: 030/83 90 01-37, E-Mail: pigorsch@dzi.de, Julia Brielmaier, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Prof. Mag. Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Annette Berg (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Prof. Dr. Stephan Dettmers (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Prof. Dr. Ulrike Kostka (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset, Berlin; Prof. Dr. Peter Reinicke, Berlin; Dr. Gabriele Schlimper (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Prof. Dr. Sebastian Schröer-Werner (Evangelische Hochschule Berlin); Prof. Dr. Christian Spatscheck (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.); Heinrich Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung); Prof. Dr. Bettina Völter (Alice Salomon Hochschule Berlin); Prof. Dr. Ralf-Bruno Zimmermann (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/83 90 01-85, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis EUR 71 pro Jahr; Studierendenabonnement EUR 56; E-Abonnement EUR 40; E-Abonnement für Studierende EUR 30; Einzelheft EUR 7,50; Doppelheft EUR 11,80 (inkl. 7% USt. und Versandkosten)

Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Alle Beiträge sind peer-reviewed. Die Manuskriptinweise finden Sie hier: <https://www.dzi.de/soziale-literatur/soziale-arbeit/manuskript-hinweise/>.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstraße 27, 10963 Berlin

Druck: Druckerei Fritz Perthel GmbH, Nordlichtstraße 75, 13405 Berlin

ISSN 0490-1606